

Einen Standpunkt beziehen und argumentativ vertreten

Der Zeitungskommentar

»Europa schottet sich ab«

Von *Nikolas Busse*¹

Der türkische Präsident² spielt stets mit hohem Einsatz, aber diesmal hat er sich verzockt. Es fängt damit an, dass er mit seiner »Grenzöffnung« nicht die ganz große Völkerwanderung nach Europa losstreten konnte. In der Türkei leben etwa fünf Millionen Flüchtlinge. Wenn die Zahlen stimmen, die diese Woche bekannt wurden, machten sich nur etwa 13 000 davon auf den Weg

5 Richtung Norden. Vor allem viele Syrer haben sich in der Türkei inzwischen ein Leben aufgebaut, das sie nicht einmal aufgeben wollen, wenn ihnen der Gastgeber demonstrativ die Richtung weist. Vieles spricht dafür, dass selbst der Ansturm auf den griechischen Grenzposten Kastanies³, der so viele hässliche Bilder liefert, durch Ankara gesteuert wird. Es fällt schon auf, dass es an der Landesgrenze zu Bulgarien und auf den Meeresrouten in der Ägäis eher ruhig blieb.

10 Falsch eingeschätzt hat Erdogan auch die Reaktion der Europäer. Ganz offenbar hat er nicht damit gerechnet, dass die Griechen die Grenze schließen würden. Man sieht das daran, dass der türkische Staat mehrere Tage brauchte, um größere Polizeieinheiten in das Grenzgebiet zu verlegen. Wahrscheinlich hat man in Ankara erwartet, dass die Griechen die Migranten einfach passieren lassen würden. Aber anders als 2015 kann die Regierung in Athen sie nicht mehr nach Norden

15 durchwinken. Die Balkan-Route⁴ ist geschlossen. Erdogan hat damit seinen größten Trumpf im Umgang mit der EU verspielt, zumindest für den Augenblick. Jahrelang hat er die Europäer ganz unverhohlen mit der Androhung neuer Flüchtlingsströme erpresst, hat sich die Rolle des Schleusenwächters teuer bezahlen lassen. Die manchmal an Demut grenzende Nachsicht, mit der gerade das Berliner Personal Erdogans Ausfällen, Forderungen und Volten⁵ begegnete, war einzig dem

20 Umstand geschuldet, dass sich der Kontinent mit dem EU-Türkei-Abkommen⁶ in tiefe Abhängigkeit von ihm begeben hat. Das ändert sich nun, wie das Außenministertreffen vom Freitag gezeigt hat. Die EU verlangt inzwischen von Erdogan, erst einmal seinen Anteil der Abmachung zu erfüllen, bevor es weiteres Geld gibt. Das ist richtig so, auch wenn der Fortbestand des Abkommens natürlich weiter in Europas Interesse liegt.

25 Von ganz rechts wird immer noch behauptet, Deutschland und Europa verfolgten eine Politik

¹ Der Autor: **Nikolas Busse** (Jg. 1969) wuchs in Oberbayern auf. Nach dem Abitur studierte er Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, das er 1998 mit der Promotion abschloss. Mitte der 1990er Jahre sammelte Busse erste journalistische Erfahrungen als freier Mitarbeiter in einer Lokalredaktion der *Süddeutschen Zeitung (SZ)* sowie des Feuilletons der *Berliner Zeitung*. Im November 1998 trat er in die politische Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* ein. Ab 2007 berichtete er als politischer Korrespondent in Brüssel über für die Nato und die Europäische Union. Ab September 2014 war Busse stellvertretender Chefredakteur für den Bereich Außenpolitik in der FAZ-Zentralredaktion. Seit November 2019 ist Busse verantwortlicher Redakteur für den Politikteil der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*.

² Gemeint ist **Recep Tayyip Erdoğan** (Jg. 1954), türkischer Politiker (AKP) und seit dem 28. August 2014 der zwölfte Präsident der Türkischen Republik. Von 1994 bis 1998 war er Oberbürgermeister von Istanbul. Im Jahr 1999 war er für vier Monate inhaftiert. Von 2001 bis 2014 war er und seit 2017 ist er wieder AKP-Vorsitzender. Von 2003 bis 2014 war er Ministerpräsident der Türkei, zuletzt mit seinem dritten Kabinett. Durch das Verfassungsreferendum von 2017 wurde mit der Präsidentschafts- und Parlamentswahl im Juli 2018 ein (autoritäres) Präsidialsystem in der Türkei eingeführt.

³ **Kastanies** (griech. Καστανιές, - ‚Kastanie‘ ist eine Kleinstadt im Nord-Osten der Region Evros im griechischen Verwaltungsbezirk Vissa; sie liegt unmittelbar an der Grenze zur Türkei.

⁴ Als **Balkanroute** bezeichnet man zusammenfassend Reise-Routen zwischen dem Nahen Osten und Europa über den Balkan, wo Teile der EU-Außengrenze verlaufen. Man verwendet den Begriff im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise in Europa seit 2015 und mit Drogenschmuggel. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2015 reisten laut EU-Kommission fast 700.000 Menschen auf der Balkanroute von Griechenland nach Zentraleuropa. Transitstaaten ergriffen sukzessive Maßnahmen, um den Flüchtlingsstrom einzudämmen. Nach einem EU-Gipfel Anfang März 2016 gaben Slowenien und andere Staaten Maßnahmen bekannt, die die Balkanroute noch undurchlässiger als zuvor machen. Österreichs Innenministerin Mikl-Leitner und der spätere Bundeskanzler Kurz betonten, dies solle dauerhaft so bleiben.

⁵ Der Begriff **Volte** (lat. *volvare* - ‚drehen‘, ‚wenden‘, ‚wälzen‘; die/eine ...) bezeichnet: a) einen Karten- bzw. Zaubertrick; b) einen Ausfallschritt beim Fechten; c) eine enge Kreis-Figur im Dressur-Reiten.

⁶ Als **EU-Türkei-Abkommen**, auch **Flüchtlingsdeal** oder **Flüchtlingspakt**, wird die Vereinbarung zwischen der Republik Türkei und der Europäischen Union (EU) vom 18. März 2016 bezeichnet, die abgeschlossen wurde, um eine Unterbindung oder zumindest eine Reduzierung der Fluchtbewegung in die EU zu erreichen, in deren Folge die Flüchtlingskrise in Europa von 2015 ausgelöst wurde. Die Türkei verpflichtete sich danach zur Kontrolle ihrer Grenzen gegenüber der EU sowie zur Wiederaufnahme von Migranten, die das EU-Hoheitsgebiet illegal über die Türkei erreicht haben und deren Asylantrag zuvor abgelehnt worden ist. Für jeden auf diese Weise zurückgeführten Migranten sollte die EU im Gegenzug einen syrischen Flüchtling aufnehmen, bevorzugt Frauen und Kinder. Darüber hinaus stellt die EU der Türkei jährlich einen Betrag von inzwischen etwa 6 Mrd. Euro für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen (Zweckbindung) zur Verfügung.

der offenen Grenzen. Das ist aber nicht wahr; die europäische Flüchtlingspolitik ist in den vergangenen Jahren restriktiver geworden. Allerdings ist das noch nie so dramatisch sichtbar geworden wie in dieser Woche. Den vielen Brüsseler (und Berliner) Beschlüssen, die darauf abzielten, die Migration besser zu steuern und wirksamer zu begrenzen, folgte jetzt zum ersten Mal ein entschlossener, teilweise brutaler Einsatz zum Schutz der europäischen Grenzen, wie das nun alle von der Kommissionspräsidentin⁷ bis zum griechischen Ministerpräsidenten nennen. Schon die Wortwahl zeigt, wie sich das politische Klima in den vergangenen fünf Jahren verändert hat. Von *Willkommenskultur*⁸ redet keiner mehr. Wenn man es an Personen festmachen will, dann kann man sagen, dass Orbán⁹ sich endgültig gegen Merkel durchgesetzt hat.

Es ist bedauerlich, dass es so weit gekommen ist. Niemandem, der ein Herz hat, wird es unberührt lassen, dass europäische Grenzbeamte mit harter Hand gegen Migranten vorgehen, selbst wenn von denen nicht alle friedlich sind. Aber in Kastanien sind nur die vielen Widersprüche, die Europas Asylpolitik seit langem durchziehen, offen zutage getreten. Der Kontinent schmückt sich weiterhin mit einem alles in allem großzügigen Asylrecht, unternimmt aber zugleich immer mehr dagegen, dass es überhaupt in Anspruch genommen werden kann. In der milden Form geschieht das mit Entwicklungshilfe, in der strengen mit Grenzsicherung, und das nicht nur in Griechenland.

Es ist an der Zeit, diese Sache grundsätzlich zu überdenken. Für eine Masseneinwanderung ist das Asylrecht nicht gedacht. Damit es den wirklich Bedürftigen zugutekommt und nicht als Magnet für Arbeitssuchende wirkt, wird man es neu ausrichten müssen. Die letzte gründliche Überarbeitung des europäischen Asylsystems fand 2013 statt, also noch zwei Jahre vor der großen Flüchtlingskrise. Jetzt wäre ein guter Zeitpunkt für neue Vorschläge aus der Kommission.

Dass der Wille zur Abschottung gewachsen ist, offenbart sich auch in Deutschland. Eine Grenzöffnung verlangte nur die Linkspartei. Die Grünen, mittlerweile die Meinungsführer im linken Lager, waren das schon vorsichtiger, sprachen von Kontingenten oder wollten Kinder, Frauen und Kranke aus griechischen Lagern übernehmen, nicht aus der Türkei. Die Union unterstützte vorbehaltlos den harten Kurs Griechenlands an der Grenze. Immerhin, dass die Standpunkte auseinandergelassen, hat man bei diesem Thema schon länger nicht mehr in der deutschen Politik gesehen. Es ist bitter, dass dazu ein menschenunwürdiges Drama an einer europäischen Außengrenze nötig war.

In: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, Nr. 10/2020 (8. März, 2020), S. 10

**Wer nichts weiß,
muss alles glauben!**
Marie von Ebner-Eschenbach



HK 2019/20

Ich, äh ... ,
komme nunmehr
zum Schluss ...



⁷ Seit dem 1. Dezember 2019 ist die deutsche Politikerin (CDU) **Ursula von der Leyen** (Jg. 1958) Präsidentin der Europäischen Kommission. Ihre Wahl erfolgte am 16. Juli 2019 auf Vorschlag des Europäischen Rates durch das Europäische Parlament.

⁸ Der Begriff **Willkommenskultur** bezeichnet: a) eine positive Einstellung von Bürgern, Politikern, Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Sportvereinen und anderen Institutionen zu Migranten; b) drückt der Begriff den Wunsch aus, dass Migranten allen Menschen, denen sie begegnen, willkommen sein mögen; c) bezeichnet das Wort *Willkommenskultur* die Gesamtheit aller Maßnahmen, durch die eine positive Haltung gegenüber Migranten bei anderen gefördert und dem Gefühl von Migranten, willkommen zu sein, eine Grundlage in der Realität gegeben werden soll.

⁹ **Viktor Orbán** (Jg. 1963), ungarischer Politiker, Mitbegründer und (mit Unterbrechung) seit 1993 Vorsitzender der Partei *Fidesz - Ungarischer Bürgerbund*. Er war von 1998 bis 2002 und ist seit 2010 erneut Ministerpräsident von Ungarn; dazwischen war er Oppositionsführer. Auf internationaler Ebene fungiert Orbán seit 2002 als Vizepräsident der Europäischen Volkspartei und seit 2001 als einer der Vizepräsidenten der Christlich Demokratischen Internationale. Seit seiner Wahl 2010 zum Ministerpräsidenten wird gegen Orbán der Vorwurf erhoben, die Menschenrechte in Ungarn systematisch einzuschränken. Ein Arbeitsgruppenbericht der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* kam 2015 zu dem Schluss, dass Ungarn nur bedingt als freiheitlicher und demokratischer Rechtsstaat anzusehen sei. Orbán gehörte zu den schärfsten Kritikern der deutschen liberalen Flüchtlingspolitik im Jahre 2015. Im Herbst des Jahres riegelte die ungarische Armee die 175 km lange Grenze zu Serbien mit einem (inzwischen auch elektronisch gesicherten) Zaun ab. De facto war damit die Balkanroute (siehe Anm. 3) geschlossen, denn in der Folge schloss auch Serbien seine südlichen Grenzen für wandernde Migranten.